Kriminalität
und Prävention

Gemäss der Kapo Zürich dominieren die Delikte gegen das Eigentum und das Vermögen die Statistik der erfassten Straftaten der Kriminalpolizei. Viele Straftaten könnten jedoch allein mit der Beachtung von Verhaltensregeln vermieden werden. Mechanische Einbruchsicherungen erschweren das Eindringen in eine Wohnung oder in das Eigenheim erheblich. Ungefähr jede sechste aktenkundige Straftat ist ein Einbruch in ein Wohnhaus, ein Ladengeschäft, einen Gewerbebetrieb oder ein anderes Objekt. Diebstahl ist eines der am häufigsten begangenen Delikte und kommt in vielen verschiedenen Formen vor – jährlich gehen in der Schweiz Millionen von Franken an Anlagebetrüger verloren. Das Muster bei den Betrugsfällen ist dabei im Ansatz immer dasselbe: Das Opfer gibt Geld gegen das Versprechen hoher Gewinne bei einer bestimmten Geldanlage. Anlagebetrüger arbeiten mit Fonds, Aktien, Rohstoffen, Optionen, Devisen, Grundstücken etc. Oft erschleichen sich die Betrüger einen überstürzten Entscheid des Opfers, indem sie etwa geltend machen, dass gewisse Geschäfte oder finanzielle Vorteile nur innerhalb einer bestimmten Frist erhältlich sind.

Zu wenig Polizeikräfte

Evelinne Widmer-Schlumpf zur Polizeikapazität (Interview-Auszug, «Berner Zeitung» vom Juli 08):

Es fehlen Polizistinnen und Polizisten. Die SP fordert vom Bund, er solle die Hälfte des fehlenden Personals bezahlen. Was halten Sie davon?
Widmer-Schlumpf: Aus Sicht der Kantone ist dies mit Sicherheit nicht der richtige Weg. Die innere Sicherheit untersteht kantonaler Kompetenz. Es macht keinen Sinn, wenn der Bund den Kantonen hier Vorschriften macht. Die Kantone haben selber erkannt, dass in diesem Bereich ein Manko besteht. Obwohl sich die Bestände in den letzten Jahren erhöht haben, ist weiterhin von einem Unterbestand von einigen hundert Polizistinnen und Polizisten auszugehen.

Wie konnte es in den Kantonen so weit kommen?
In den letzten Jahren standen zahlreiche Frühpensionierungen an. So nahm in einzelnen Kantonen der Bestand an Polizisten ab. Und zwar

so schnell, dass die offenen Stellen nicht überall besetzt werden konnten. Es gab auch Probleme bei der Rekrutierung von neuen Polizistinnen und Polizisten. Der ursprüngliche Bestand wurde nicht mehr erreicht. Hier müssen sich die Kantone jetzt selber helfen.

Der Bund will sich raushalten?
Nein. Der Bund kann sich bei der Ausbildung der Polizistinnen und Polizisten engagieren. Bei den Schulen können wir die Kantone finanziell unterstützen, und wir tun dies beispielsweise mit einem namhaften Betrag an das Schweizerische Polizei-Institut SPI. Der Bund ist ja schliesslich bei grösseren Veranstaltungen immer wieder auf die kantonalen Einsatzkräfte angewiesen, für die er – nebenbei gesagt – die Kantone jeweils entschädigt. Was zusätzlich in der Frage der personellen Lücke zu tun ist, schauen wir derzeit gemeinsam mit der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren, KKJPD, an. Etwas Konkretes kann ich noch nicht präsentieren.

Warum tun sich Kantone schwer damit, Polizisten einzustellen?
Als ehemalige Finanzdirektorin kann ich sagen, dass zusätzliche Stellenbegehren in den kantonalen Parlamenten einen schwierigen Stand haben. Aber entweder man steht zum heutigen System, in dem die Kantone für die innere Sicherheit zuständig sind, oder man übergibt die Kompetenz dem Bund.